

Nein zu einem Salzabbauverbot

Landrat nimmt Rütihard-Petition zur Kenntnis und stellt genaue Abklärungen in Aussicht

Von Thomas Gubler

Liestal. Selten hat ein Naturprodukt den Landrat in der jüngeren Zeit so intensiv beschäftigt wie gestern das Salz. Anlass war eine von 6200 Personen unterzeichnete und am 31. Mai 2018 eingereichte Petition gegen den geplanten Salzabbau in der Muttenzer Rütihard. Darin verlangen die Petitionäre, das entsprechende Gebiet bei einer allfälligen Verlängerung der bis Ende 2025 laufenden Konzession für die Schweizer Salinen AG von der Konzession auszuschliessen. Die Rütihard, so die Petitionäre, sei ein wichtiges Landwirtschafts- und Naherholungsgebiet. Am Schluss hat der Rat die Petition ohne Gegenstimme zur Kenntnis genommen.

Mit 43 zu 31 Stimmen überwiesen hat der Rat sodann ein Postulat von Mirjam Würth (SP), welches die Regierung auffordert, zu prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen angepasst werden müssen, damit das Salz der Schweizer Salinen AG nicht mehr als Aufbaumittel verwendet wird. Auch nicht als Postulat überwiesen wurde dagegen die Motion von Mirjam Würth, welche die Salzförderung in der Rütihard verbieten beziehungsweise der Konzession entziehen wollte.

Mit der Kenntnisnahme der Petition allein war es dann aber doch nicht getan. Mit ihr verbunden ist nun die Aufforderung, allfällige Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Salzgewinnung stellen können – in den Bereichen Umweltschutz, Landschaftsschutz, Grundwasserschutz und Risikoabschätzung – in die Diskussion um die Konzessionsverlängerung im nächsten Jahr einzubeziehen. Dabei sollen insbesondere Fragestellungen in Bezug auf die wissenschaftlichen Untersuchungen des Untergrunds nicht von den Salinen allein, sondern auch von neutraler Seite beurteilt werden.

Seit 400 Jahren

Vor dem Hintergrund eines «Geologenstreits» über die Auswirkungen des Salzabbaus in der Rütihard – zwei Geologen waren sich darüber nicht eben einig – nahm sich der Landrat ges-



Abbau im Salzturm. Der eine oder andere Redner bemühte gestern die Geschichte des Salzabbaus. Foto Florian Bärtschiger

tern viel Zeit für eine eigentliche Grundsatzebene. Einzelne Redner unternahmen sogar Ausritte in die über 400-jährige Geschichte der Salzgewinnung in der Region. Gemäss Präsident Georges Thüring (SVP) seien die



Landrat

Berichterstattung aus dem Baslerbieter Parlament

Befürchtungen der Petitionskommission im Laufe der Beratungen zerstreut worden. Die Auswirkungen des Salzabbaus seien nicht gravierend. Zudem stünden in der Rütihard Arbeitsplätze und die längerfristige Salzversorgung auf dem Spiel. Rolf Blatter

(FDP) versicherte, keines der an die Wand gemalten Horror-Szenarien werde eintreffen, und Hans Rudolf Schafroth (SVP) wies darauf hin, dass Geländeabsenkungen auch natürlicherweise vorkommen könnten.

Auf links-grüner Seite war man da wesentlich kritischer. Urs Kaufmann (SP) zeigte sich «erschreckt über die Blauäugigkeit der Bürgerlichen». Und Thomas Noack (SP), selbst Geologe, wies darauf hin, dass es keine absolute Sicherheit gebe. «Für eine wirklich sorgfältige Abklärung müssten mehrere Standorte evaluiert werden», sagte Noack. Stephan Ackermann (Grüne) war der Meinung, dass die Salinen einen Plan B haben müssten, wenn angeblich die nationale Versorgungs-

sicherheit mit Salz auf dem Spiel stehe. In dieser Frage müsse der Grundsatz «Fakten statt Emotionen» gelten, sagte abschliessend Regierungsrat Anton Lauber. Der Regierungsrat werde die aufgeworfenen Fragen entweder im Rahmen der Konzession oder der Baubewilligung prüfen. Bezüglich der Petition handelte es sich somit weitgehend um eine Debatte auf Vorrat. Um die «Wurst» geht es erst bei der Konzessionsverlängerung.

Die Ängste im Zusammenhang mit dem Salzabbau dürften auch auf die Salzwasserfontäne zurückzuführen sein, die Mitte 2017 in Muttenz aus einem stillgelegten Bohrloch aufstieg. Damals traten rund 1000 Kubikmeter Salzwasser aus.

Post-Motion abgeschrieben

Bundesrat hat Anliegen erfüllt

Von Thomas Gubler

Liestal. Der Regierungsrat hat gestern insofern Glück gehabt, als der Landrat die Motion von SP-Präsident Adil Koller «Keine Schliessung von Poststellen!» ohne Gegenstimme abgeschrieben hat, ohne dass die Regierung den darin gefassten Auftrag erfüllt hatte. Der Bundesrat hat nämlich im Sommer eine Revision der Postverordnung in die verkürzte Vernehmlassung geschickt. Darin erfüllt er weitgehend die Anliegen der Standesinitiativen der Kantone Tessin und Wallis sowie der Motion Koller, welche die Ausarbeitung einer weitgehend ähnlichen Standesinitiative gefordert hatte.

Diese Revision beinhaltet unter anderem eine bessere Erreichbarkeit der Poststellen, einen institutionalisierten Planungsdialog zwischen der Post und den Kantonen, die Anhörung der Gemeinde mindestens sechs Monate vor der geplanten Schliessung oder Verlegung einer Poststelle und die periodische Evaluierung der Erreichbarkeit der Poststellen. Nicht berücksichtigt wurden dagegen ein Moratorium der Schliessung von Poststellen und die Forderung, die Schliessung per anfechtbare Verfügung auszusprechen.

Auftrag nicht erfüllt

Der Regierungsrat hat unter diesen Umständen darauf verzichtet, die am 14. Dezember 2017 vom Landrat überwiesene Motion umzusetzen und eine Standesinitiative auszuarbeiten, was grundsätzlich nicht korrekt ist. Auch dann nicht, wenn der Regierungsrat in seinem Bericht darauf hinweist, dass die geforderte Standesinitiative in Bundesbern ohnehin keine Chance gehabt hätte.

Das hatte gestern dann auch nicht nur Motionär Adil Koller, sondern auch der Präsident der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, Sven Inäbnit (FDP), kritisiert. «Meine Motion war ein Auftrag. Doch der Regierungsrat hat nur ein Postulatsberichtli vorgelegt», sagte Koller.

Die Standesinitiative wurde dann allerdings auch mit Adil Kollers Stimme abgelehnt und die Motion abgeschrieben.

Kein neues «Kässeli»

Landrat unterstützt Wirtschaftsförderungsgesetz

Thomas Dähler

Liestal. Der Landrat hat gestern das neue Wirtschaftsförderungsgesetz in erster Lesung beraten und ist dabei in allen Teilen der vorberatenden Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission gefolgt. Gescheitert ist dabei der Versuch von Christoph Buser (FDP), unterstützt von Adil Koller (SP), den heutigen Wirtschaftsförderungsfonds – statt abzuschaffen – in eine Spezialfinanzierung zu überführen. Mit dem neuen Gesetz werden die Ziele der Wirtschaftsförderung festgelegt, die Standortförderung wird gestärkt und die heutige Kommission in eine Begleitkommission überführt, die den Regierungsrat bei seiner Standortpolitik berät.

Bei der Beratung entstand gestern eine eher seltene Koalition, indem der Kampf von Buser, freisinniger Direktor der Wirtschaftskammer, um die Weiterführung einer Spezialfinanzierung von SP-Präsident Adil Koller unterstützt wurde. Dafür war auch Marc Scherrer namens einer CVP-Minderheit.

Bekämpft wurde das neue, alte «Kässeli» von Oskar Kämpfer (SVP), welcher der Meinung war, dass für die Wirtschaftsförderung vor allem die Geschwindigkeit massgeblich sei und nicht die Möglichkeit, über Gelder aus einer Spezialfinanzierung zu verfügen. Kämpfer warb für klare Strukturen, welche es ermöglichen, die Standortförderung effizienter zu gestalten. Unterstützt wurde Kämpfer von Klaus Kirchmayr (Grüne), der sich gegen eine neue Bürokratie wehrte.

Auch Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Thomas Weber bekämpfte die Quasi-Neuaufgabe eines Fonds. Er

verwies auf das neue Finanzhaushaltsgesetz. Nötig seien bei der Finanzierung in jedem Fall eine Rechtsgrundlage, ein Budgetposten und eine Ausgabenbewilligung. «Es geht um Transparenz bei den Finanzflüssen», sagte Weber. Weber empfahl stattdessen für den Bedarfsfall das Mittel der mittelfristigen Rahmenausgabenbewilligung, das mit der neuen Finanzgesetzgebung geschaffen wurde. Finanzdirektor Anton Lauber erklärte, mit Spezialfinanzierung solle man sehr zurückhaltend sein. Es bestehe die Gefahr eines Präjudiz für andere Bereiche. Eine Spezialfinanzierung schränke die Budgethoheit des Landrats ein.

Deutliches Nein zum Fonds

Buser liess sich indes nicht überzeugen und beantragte in der Detailberatung, wie zuvor mit seinen Unterstützern abgesprochen, eine Spezialfinanzierung zu schaffen, die für Aufgaben mit einem Portefeuille von zwischen zwei und sechs Millionen Franken versehen ist. Er räumte dabei auch ein, dass er damit das Finanzhaushaltsgesetz umgehen möchte. Bei der Wirtschaftsförderung sei ein Instrument am Platz, auf das schnell zurückgegriffen werden könne. «Wir brauchen den Handlungsspielraum bei der Arealentwicklung», meinte Buser überzeugt. Sein Antrag unterlag jedoch überraschend deutlich mit 23 zu 55 Stimmen bei einer Enthaltung. Unterstützung erhielt Buser von seiner geschlossenen eigenen Fraktion sowie lediglich von einigen wenigen Landräten aus der SP- und der CVP-Fraktion. Es ist absehbar, dass das neue Gesetz in zweiter Lesung mit einer komfortablen Mehrheit verabschiedet wird.

In Muttenz soll das Wölfische im Zaum gehalten werden

Gymnasiasten setzen sich mit den Menschenrechten auseinander

Von Melina Schneider

Muttenz. Eine müde Stimmung herrscht unter den Schülern, als die Rektorin Brigitte Jäggi den Menschenrechtstag am Gymnasium Muttenz um 8.30 Uhr eröffnet. Er findet dort 26 Tage früher statt als der offizielle Menschenrechtstag, der am 10. Dezember angesetzt ist. «Eine Propaganda-Veranstaltung der Schule gegen die Selbstbestimmungs-Initiative – zehn Tage vor der Abstimmung», schimpft eine Schülerin unter dem Pseudonym Anna Blumenstraus in einem offenen Mail an die Schulleitung.

Davon hat der Schriftsteller Martin Dean am gestrigen Morgen nichts mitbekommen. Unbeirrt hält er eine Rede rund um das Thema Menschenrechte: «Sie sind dazu da, das Wölfische im Menschen im Zaum zu halten.» Im Saal ist es unruhig. Während die einen noch gegen die Müdigkeit kämpfen, ist bei anderen der Jagdinstinkt bereits geweckt – nach dem Essen. Die Schüler fragen sich bereits, wo man sich in der Mittagspause absetzen könnte.

Augen öffnen

Die Erklärung der Menschenrechte feiern heuer den 70. Jahrestag. Aus 17 verschiedenen Workshops, durchgeführt von Organisationen wie Amnesty International und Public Eye, konnten die Schüler ein Thema wählen, um mehr über die Menschenrechte zu erfahren. Man wolle mit dem Anlass den Schülern die Augen öffnen und ihnen bewusst machen, welche Rechte sie haben und wie oft die Menschenrechte weltweit tatsächlich verletzt werden, sagt Jäggi.

Ein Workshop beschäftigt sich mit dem Schweizer Engagement für Menschenrechte. Unter anderem werden die Lücken der Schweiz im Bezug auf den Menschenrechtsschutz aufgezeigt. Dies konkret dann, wenn Menschen in Länder ausgeschafft werden, in denen sie Folter erwarten dürften – etwa in Sri Lanka. Oder wenn Menschen hierzulande «das Recht auf Ehe» verwehrt werde.

Lehrer erfreut

Die Gymnasialschüler machen generell noch einen trüben Eindruck. Wortmeldungen sind eine Seltenheit. Der anwesende Lehrer hingegen zeigt sich erfreut über den Anlass. Es sei eine gute Abwechslung zum alltäglichen Unterricht, wenn einmal externe Experten den Schulalltag durchbrechen. Dies könnte ein Highlight für die Gymnasiasten sein. Für die meisten Schüler war aber das grösste Highlight die erste Pause. Man hört trotzdem Positives: Es sei schon wichtig, «dass so ein Tag stattfindet», sagt ein Gymnasiast. Es rege einen zum Nachdenken an, wie oft die Menschenrechte tatsächlich verletzt werden.

In dem Workshop zu «Gender, Gewalt und Geschlechtergerechtigkeit» befinden sich 22 Mädchen und drei Buben. Gespannt schaut die Gruppe eine Filmsequenz über Gewalt an Frauen in Entwicklungsländern wie Bangladesch. Bewegende Geschichten sind zu hören, die die Anwesenden sichtlich bewegen. «War der Film okay für euch, ich hoffe, ich habe euch damit nicht überfordert», sagt die Leiterin des Workshops. Die Schüler nickten; es war okay.

Nach 23 Jahren in Bundesbern

Susanne Leutenegger Oberholzer tritt zurück

Augst. Die bevorstehenden Bundesratswahlen lässt sich die Baslerbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer nicht entgehen. Danach ist jedoch Schluss: Auf den 7. Dezember tritt die 70-jährige Politikerin aus der grossen Kammer zurück. Ihren konkreten Rücktrittstermin gab Leutenegger Oberholzer am Donnerstag über den Kurznachrichtendienst bekannt. Dass sie auf «spätestens Ende Jahr» aus dem Nationalrat ausscheiden will, hatte sie schon im März angekündigt. Ein Lebensabschnitt gehe nun zu Ende, twitterte die ehemalige Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK).

Die 70-jährige Ökonomin und Juristin mit Wohnsitz in Augst kann auf insgesamt 23 Jahre in Bundesbern zurückblicken. Für die SP Baselland ist sie 1999 in den Nationalrat gewählt worden. Zuvor war sie schon für die Poch von 1987 bis 1991 in der grossen Kammer.

Die Bundesratswahlen finden am 5. Dezember statt. Ersetzt werden müssen Johann Schneider-Ammann (FDP) und Doris Leuthard (CVP). Zwei Tage später hat Leutenegger Oberholzer ihren letzten Tag unter der Bundeshaushaltung.

Nachfolgerin von Leutenegger Oberholzer wird Samira Marti, die am 10. Dezember angelobt wird. Nachrücken kann die 24 Jahre alte Studentin und Co-Vizepräsidentin der SP Baselland, weil Kathrin Schweizer verzichtet und stattdessen im März 2019 für die Baslerbieter Regierung kandidiert, in welcher die SP derzeit nicht vertreten ist. SDA